

Dr. Matthias Möhring-Hesse

Eine gerechte Verteilung der Arbeit.

Die andere Seite der Verteilungsgerechtigkeit.

Dr. Matthias Möhring-Hesse ist Privatdozent für christl. Sozialwissenschaften an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster.

1. Warum geht es bei der Frage nach der gerechten Verteilung auch um die Verteilung der Erwerbsarbeit?

Einzig über Erwerbsarbeit hat die Mehrheit der Bevölkerung in unseren Arbeitsgesellschaften selbständig Anteil am gemeinschaftlich erwirtschafteten und gesellschaftlich verfügbaren Reichtum. Ohne die Erwerbsarbeit als »Wert an sich« zu mystifizieren, lässt sich deshalb für alle Erwerbspersonen ein Recht auf Erwerbsarbeit begründen und zwar genau in dem Maße, wie Erwerbsarbeit gesellschaftlich zum Schlüssel der gesellschaftlichen Teilhabe gemacht wird.

2. Wird Erwerbsarbeit überhaupt »verteilt«; und kann eine bestimmte, nämlich gerechte Verteilung politisch angezielt werden?

Erwerbsarbeit ist kein konstantes Gut und ist gleichwohl ein Gut, das verteilt wird. Zwar entsteht das gesellschaftliche Arbeitsvolumen als Ergebnis von Angebot und Nachfrage auf den Arbeitsmärkten. Deren Vermittlung ist jedoch von gesellschaftlichen Ordnungen, etwa von kollektivvertraglichen, gesetzlichen oder kulturellen Arbeitszeitregimen abhängig, die in der gemeinsamen und d.h. politischen Verantwortung aller Gesellschaftsmitglieder stehen. Als gerecht können diese Ordnungen in dem Maße gelten, wie sie das Recht auf Arbeit für jedermann und jedefrau verwirklichen helfen.

3. Kommt man durch längere Arbeitszeiten zu mehr Beschäftigung?

Immer mehr der politisch Verantwortlichen plädieren für eine Ausweitung der Beschäftigung durch längere Arbeitszeiten: Wenn die Leute mehr arbeiten, dann können mehr Leute arbeiten. Das damit gegebene Versprechen beruht auf der Hoffnung, dass durch Senkung der Lohnkosten die Nachfrage nach Arbeit steigt und damit das Beschäftigungsdefizit sinkt. Zumindest in dem notwendigen Umfang wird diese Hoffnung nicht aufgehen, deshalb aber diese beschäftigungspolitische Strategie zu einer Umverteilung des gesellschaftlichen Arbeitsvolumens zu Lasten der Erwerbslosen und zu einer größeren Arbeitslosigkeit führen: Mehr Leute werden dann mehr arbeiten müssen, dafür aber auch mehr Leute gar nicht arbeiten können.

4. Ist jedwede Erwerbsarbeit würdiger als ein arbeitsfreies Sozial-einkommen?

Die Pflicht zur Erwerbsarbeit muss in Arbeitsgesellschaften nicht mehr erfunden werden; sie ist diesen strukturell durch die Koppelung von Einkommen und Erwerbsarbeit eingebaut. Angesichts der hohen Massenarbeitslosigkeit plädieren viele dafür, diese Pflicht zu verschärfen, nämlich die Erwerbslosen unter Absehung von den Bedingungen ihrer

Arbeit und der Höhe ihrer Entlohnung zu irgendeiner Arbeit anzuhalten. Fraglich ist, ob diese Politik ihre eigenen Ziele verwirklichen wird können; sicher ist, dass sie das Recht auf Arbeit für jedermann und jedefrau nicht verwirklichen kann. Sie unterstellt nämlich die Erwerbslosen unter einen besonderen Arbeitszwang, ohne ihnen gegenüber diesen hinreichend rechtfertigen zu können.

5. Ist ein größeres Arbeitsvolumen möglich?

Die Ursachen für die bestehende strukturelle Arbeitslosigkeit liegen nicht auf dem Arbeitsmarkt. Um das gesellschaftliche Arbeitsvolumen auszuweiten, bedarf es deshalb beschäftigungspolitischer Anstrengungen auf den dem Arbeitsmarkt vorgelagerten Märkten. Zwar kann so das Arbeitsvolumen ausgeweitet und auf diesem Wege auch die Arbeitslosigkeit gesenkt werden, jedoch wird es kaum möglich sein, die aus den 60er und 70er Jahren bekannte Vollbeschäftigung zu erreichen.

6. Wie lässt sich das Recht auf Arbeit unter Bedingungen eines strukturellen Beschäftigungsdefizits verwirklichen?

Lässt sich das Beschäftigungsdefizit trotz aller gesellschaftlichen Anstrengungen nicht schließen, lässt sich das allgemeine Recht auf Erwerbsarbeit nur dadurch verwirklichen, dass man das Beschäftigungsdefizit »demokratisiert«, also auf die Schultern aller Erwerbspersonen lastet. Unabhängig davon, welche Qualifikationen sie mitbringen und wie sie sich den Ansprüchen der Arbeitsnachfrage unterwerfen können, muss dazu der Zugang der einzelnen zum Arbeitsvolumen begrenzt werden. Auf verschiedenen Wegen muss das gesellschaftliche Arbeitsvolumen gleichmäßiger auf alle Erwerbspersonen verteilt und so Erwerbsarbeit verallgemeinert wird. Diese Verallgemeinerung der Erwerbsarbeit wird nur gelingen, wenn die Erwerbsarbeit für alle in ihrer individuellen wie auch in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung relativiert wird.